
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL ZUR JAGDVERORDNUNG

04.04.2020

- „Schlechter Stil der Ministerin“
- Rehwild soll früher bejagt werden
- Corona-Krise führt auch bei Jagd zu Problemen

WIESBADEN – „Das ist schlechter Stil von Ministerin Priska Hinz“, kommentiert Wiebke KNELL, jagdpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag die am Freitagnachmittag bekanntgegebenen Änderungen der Hessischen Jagdverordnung. „Das Umweltministerium hat nicht nur die sinnvollen Änderungen umgesetzt, die der Hessische Staatsgerichtshof nach Klage unserer Fraktion verlangt hat, sondern auch noch darüber hinausgehend Jagdzeiten für Schalenwild ausgedehnt. Diese wurden nicht wie die anderen Änderungen am 24. März im Plenum des Hessischen Landtags abgestimmt, sondern zehn Tage später durch eine weitere Neuerung an einem späten Freitagnachmittag bekanntgegeben - wohl in der Hoffnung, dass die Öffentlichkeit möglichst wenig davon mitbekommt“, ärgert sich Knell.

Die über die Vorgaben des Staatsgerichtshofs hinausgehenden Änderungen besagen, dass Rehböcke, Schmalrehe, Rot-, Dam-, Sika- und Muffelschmalwild statt wie bislang von Anfang Mai an bereits vom 1. April an bejagt werden können. „Das ist auch in der Jägerschaft selbst umstritten“, sagt Knell. „Die Landesregierung argumentiert mit dem Schutz der Wälder, dabei schafft es das Land als größter Waldbesitzer nicht einmal auf seinen eigenen Flächen, seine Ziele zu verfolgen, Jagderlaubnisscheine stehen vielerorts auch nicht bereit. Außerdem fehlen die rechtlichen Bedingungen zur Jagd auf Rot-, Dam-, Sika- und Muffelwild, weil es für diese Arten noch gar keinen Abschussplan gibt.“ Die jagdpolitische Sprecherin, die selbst Jägerin ist, weiß zudem, dass einige Jäger noch auf die erforderliche Verlängerung ihres Jagdscheins warten. Erster Grund dafür war die Pflicht zur Überprüfung durch den Verfassungsschutz, nun erschwert die Corona-Krise

den Gang zu den Behörden.

Die Corona-Krise wird nach Ansicht Knells auch zu Absatzschwierigkeiten führen. „Wildhändler haben teilweise erst für Juni die Abnahme von Wild zugesagt, Restaurants nehmen auch kein Wild ab, da sie wegen Corona geschlossen sind. Das heißt, dass Fleisch für die Tonne produziert wird. Dafür ist das qualitativ hochwertige Lebensmittel Wildbret viel zu schade. Hier ist das Land gefordert, den Jägern jetzt günstige Preise zum Selbsterwerb zu machen, damit eines der besten hessischen Lebensmittel nicht verkommt.“

Knell macht darüber hinaus auf ein wildbiologisches Problem aufmerksam: „Schmalrehe, also im vergangenen Jahr geborene weibliche Rehe, sollen jetzt schon bejagt werden, sind aber äußerlich erst von Ende April an sicher von den Ricken zu unterscheiden“, erklärt die Abgeordnete. Populationsregulierung funktioniert aber nur über das weibliche Wild. „Das Ganze ist im Prinzip blinder Aktionismus des Ministeriums“, kritisiert Knell.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de